



## **Selbstverständnis: „Bündnis Klinikrettung“**

Das Bündnis Klinikrettung wurde Anfang 2020 gegründet, um dem massenhaften flächendeckenden Abbau von Krankenhäusern Einhalt zu gebieten.

In Deutschland schließen seit Jahren fast monatlich Krankenhäuser. Kommunale und freigemeinnützige Kliniken machen dicht, weil ihnen das Geld ausgeht, private Kliniken werden geschlossen, weil sie aus Sicht der Eigentümer nicht genügend Rendite erbringen. Hauptursachen sind: die Einführung von Fallpauschalen (DRG) Anfang der 2000er Jahre, der Zwang, nach dem Gewinnprinzip zu wirtschaften und die zunehmende Privatisierung der Krankenhäuser. Arbeitsdruck, Outsourcing und Einsparungen zulasten der Beschäftigten und damit die Personalknappheit sind enorm gewachsen. Zugleich sanken die Investitionsförderungen als Aufgabe der Länder seit den 1990er Jahren (ca. 7,5% der Krankenhaus-Ausgaben) auf ein Niveau weit unter Bedarf (seit 2015 2,8-3%). Aktuell fehlen den Krankenhäusern mindestens 3 Milliarden Euro jährlich. Die entstandenen Verluste führen zu Schließungen unabhängig von der Versorgungsnotwendigkeit.

Der Bund fördert die Schließungen der Kliniken sogar mit 500 Millionen Euro jährlich! NRW fördert mittels regionaler Planungskonzepte die Konzentration von Krankenhäusern bis hin zur Schließung. Diese Entwicklung muss umgehend gestoppt werden. Krankenhäuser sind Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht profitorientiert arbeiten und müssen jeder Bundesbürgerin und jedem Bundesbürger wohnortnah zur Verfügung stehen. Sie retten Leben. Wir brauchen sie im Alltag und – ausgestattet mit erweiterten Vorsorgekapazitäten – auch in Krisenzeiten.

Das Bündnis vertritt die Interessen der Menschen in Deutschland, die sich mit überwältigender Mehrheit gegen Krankenhausschließungen wehren \*). Es wendet sich insbesondere gegen ein Kliniksterben, das dem freien Markt überlassen wird. Es fordert Bund und Länder dazu auf, die BürgerInnen in den Dialog über die Zukunft der Krankenhäuser einzubeziehen.

Mitglieder des Bündnisses können BürgerInneninitiativen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, Parteien und andere Organisationen sowie Einzelpersonen werden. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien haben keinen Platz in unserem Bündnis.

Unsere zentralen Forderungen

### **A) An die Bundesregierung**

- Solange die Folgen der Corona-Pandemie nicht aufgearbeitet sind, darf kein Krankenhaus mehr schließen. Insolvente und akut von Insolvenz bedrohte Kliniken werden vom Staat aufgefangen, ihr Weiterbetrieb wird öffentlich abgesichert.
- Die Schließungsförderung über den Krankenhausstrukturfonds wird sofort gestoppt.
- Die Anzahl klinisch notwendiger Behandlungen entziehen sich jeder vorab durchzuführenden Planung. Die gesetzlich vorgeschriebene leistungsbezogene Planung, Verhandlung und Abrechnung von Fallpauschalen (DRG-System) wird durch ein kostendeckendes Abrechnungssystem ersetzt. Das heißt: Gewinne und Verluste sind ausgeschlossen. Ansätze hierzu zeigen sich seit 2019 – Entlohnung des Pflegepersonals unabhängig von Fallpauschalen, für 2020 garantierte Finanzierung auf dem Niveau von 2019. Dies muss schrittweise bis zur vollständigen Abschaffung des DRG-Systems fortgesetzt werden.

- Das Krankenhauspersonal wird erheblich aufgestockt, und seine Bezahlung und Arbeitsbedingungen werden verbessert, um Überlastung zu verhindern und Abwanderung zu reduzieren. Outsourcing in Krankenhäusern ist ausgeschlossen.

## **B) An die Bundesländer**

- Die Krankenhäuser werden in den Zentren und auf dem Land mit ausreichenden Intensivstationen, Isolierstationen, Beatmungseinheiten, Schutzkleidungen sowie diagnostischen Mitteln und Medikamenten ausgestattet – so dass sie vorbereitet sind für Versorgungen bei Pandemien, Epidemien und Endemien.
- Die Betten- und Personalausstattung der Krankenhäuser wird unter Einbezug von Jahresspitzen, Katastrophen und Pandemien geplant, anstelle der bisherigen Auslegung nach jahresdurchschnittlicher Auslastung.
- In den derzeit unterversorgten Regionen Deutschlands wird die Zahl der Betten, Notaufnahmen, Intensiv- und Geburtenstationen etc. durch Förderung der öffentlichen Kliniken auf das notwendige Maß angehoben.
- Die Länder haben ihrer Verpflichtung zur vollumfänglichen Investitionsförderung der Krankenhäuser nachzukommen. Die Mittel dafür sollten über eine Steuerpolitik bereitgestellt werden, welche die Vermögenden an den Lasten entsprechend beteiligt.

\*) Forsa-Umfrage im Auftrag von Gemeingut in BürgerInnenhand: Eine sehr große Mehrheit der Befragten (88 Prozent) sind der Ansicht, dass ein Abbau von Krankenhausinfrastruktur nicht sinnvoll wäre. Forsa-Umfrage im Auftrag von Katholischer Krankenhausverband Deutschlands e. V.: 93 Prozent der Befragten halten ein Krankenhaus in unmittelbarer Nähe des Wohnortes für wichtig oder sehr wichtig.